

Nepal im Überblick

zusammengestellt von Thomas Döhne

Kastendiskriminierung kaum aktenkundig

In den vergangenen vier Jahren wurden in 23 Distrikten 45 Fälle von kastenbasierter Diskriminierung zur Anzeige gebracht. Dies geht aus einer entsprechenden Untersuchung der *Asian Human Rights Association* und von *Jagaran Media* hervor. Der Erlass gegen kastenbasierte Diskriminierung und Unberührbarkeit ist seit 2011 in Kraft. Die geringe Zahl von Fällen, die Kastendiskriminierung zur Anzeige gebracht wird, steht im Widerspruch zu vielen Pressemeldungen, die von eben solchen diskriminierenden Praktiken berichten. „Die diskriminierende Praxis der Ausgrenzung von Dalits ist immer noch so tief verwurzelt, dass sich die Opfer nicht zu Wort melden und ihre Rechte nicht einfordern. Deshalb ist die Zahl der aktenkundigen Fälle so niedrig“, vermutet Durga Sob, Präsidentin der *Feminist Dalit Organisation*. Sob fügte hinzu, das Strafmaß und die Entschädigungen für dieses soziale Verbrechen seien so niedrig, dass es sich für die Opfer nicht lohne, die Zeit und finanzielle Mittel aufzubringen, um jene vor Gericht zu bringen. Das Gesetz sieht dafür Geldstrafen zwischen 1.000 und 25.000 Rupien oder Haftstrafen von bis zu drei Monaten vor. Aus dem Bericht geht weiter hervor, dass viele Fälle außergerichtlich verhandelt und geklärt werden.

Mehr Soldat(inn)en in UN Friedensmissionen

Nachdem die Regierung grünes Licht gegeben hat, will die nepalische Armee demnächst die Truppenstärke für die Entsendung von Soldaten zu internationalen UN-Friedenseinsätzen mehr als verdoppeln. Im Rahmen von UN-Friedensmissionen sollen bereits im laufenden Haushaltsjahr über 9.800 Soldaten in von Konflikten betroffenen Ländern zum Einsatz kommen, darunter auch maoistische Exkombattant(inn)en. Damit rückt Nepal an die fünfte Stelle derjenigen Länder, die die meisten Truppen für UN-Einsätze bereitstellen. Gegenwärtig werden im Rahmen solcher UN-Friedensmissionen Soldat(inn)en aus 116 Nationen eingesetzt. Bisher lag Nepal an sechster Stelle nach Bangladesch, Äthiopien, Indien, Pakistan und Ruanda. Angehörige der nepalischen Armee sind derzeit in 15 verschiedenen UN-Friedensmissionen im Einsatz, unter anderem im Libanon, auf Haiti, im Südsudan und im Kongo. Die zusätzlichen Kosten für diese Erhöhung der Truppenkontingente und die entsprechenden Vorbereitungen werden auf sieben Milliarden Rupien (75

Millionen Euro) geschätzt. Die UN zahlen jedem Soldaten einen Sold in Höhe von 1.332 US\$ pro Monat. Die Verträge laufen jeweils für ein Jahr. Nepal entsendet seit 1958 Truppen zu UN-Friedensmissionen. Seither kamen 110.771 Soldat(inn)en zum Einsatz. Aktuell sind 4.365 in verschiedenen Krisen- und Kriegsgebieten im Einsatz, darunter 96 Frauen.

Kinderhandel nach dem Erdbeben

Das britische Boulevardblatt *The Sun* hat berichtet, dass nepalische Kinder, die das Erdbeben überlebt und ihre Angehörigen verloren haben, an wohlhabende britische Familien verkauft worden seien, um dort unter sklavereiähnlichen Umständen als Haushaltshilfen zu arbeiten. Jungen und Mädchen im Alter von etwa zehn Jahren würden für 5.250 Pfund von einem in Pandschab operierenden Menschenhändlering verkauft, der sich auf die Vermittlung der Kinder nepalesischer Erdbebenopfer und armer indischer Familien spezialisiert habe. Einem *Sun*-Reporter, der sich als potenzieller Kunde ausgab, sei von einem Menschenhändler ein entsprechendes Angebot mit den folgenden Worten schmackhaft gemacht worden: „Wir haben bereits eine Reihe von jungen Burschen nach England geliefert, die meisten sind Nepalis. Ein Junge kostet mindestens 500.000 Rupien (etwa 6000 Euro). Dazu kommen dann noch die Transportkosten für die Überführung nach England, die Sie ebenfalls bezahlen müssen. Nehmen Sie doch einen Nepali mit nach England, das sind gute Menschen. Die können jegliche Hausarbeiten übernehmen, gut kochen und niemand wird Sie deswegen belangen.“

Drei Jahre Hungerstreik

Anfang Juni 2016 war der 13. Todestag des von Maoisten ermordeten Krishna Prasad. Seine Mutter, Ganga Maya Adhikari, befindet sich mit Unterbrechungen seit drei Jahren im Hungerstreik, um die Behörden zu zwingen, die Mörder ihres Sohnes endlich vor Gericht zu stellen. Krishna Prasad stammte aus Gorkha und war 2004 in Chitwan im Alter von 18 Jahren von maoistischen Kadern entführt, gefoltert und schließlich brutal ermordet worden. Erst über zehn Jahre später hatte das Oberste Gericht unter dem Druck des anhaltenden Hungerstreiks der Eltern, infolgedessen der Vater 2015 verstorben war, sowie nach Protesten zahlreicher Menschenrechtsorganisationen das Distrikt-

gericht von Chitwan angewiesen, die Verdächtigen zu verhaften und eine Untersuchung einzuleiten. Doch die Polizei von Chitwan hat angeblich aufgrund politischen Drucks die gerichtliche Anordnung bisher nicht umgesetzt. Ganga Maya wirft der Regierung vor, das bestehende Rechtssystem fortgehend zu unterlaufen, um den Hauptverdächtigen Chhabilal Paudel vor der Strafverfolgung zu schützen. Dieser werde von seiner Partei, der CPN-Maoist, gedeckt, die ein Koalitionspartner in der jetzigen Regierung ist.

Ärzte befürchten Ausbruch von Epidemien

Während Ärzte angesichts des bevorstehenden Monsuns vor einem Ausbruch von Epidemien in den vom Erdbeben besonders betroffenen 14 Distrikten warnen, sind inzwischen jene 60 Ärzte, die das Gesundheitsministerium nach dem Erdbeben zur Unterstützung der Bevölkerung in das Krisengebiet beorderte, wieder abgezogen worden und an ihre regulären Arbeitsplätze zurückgekehrt. Das Erdbeben der Stärke 7,8 hatte nicht nur zahlreiche Dörfer dem Erdboden gleich gemacht, sondern auch fast alle Gesundheitseinrichtungen zerstört. „Die Menschen leben immer noch in temporären Unterkünften, doch wir haben bisher keinen Plan, der vorsieht in diesem Jahr Ärzte dorthin zu schicken“, erklärt der Sprecher des Gesundheitsministeriums. Auch in der Abteilung für Epidemiologie und Seuchenkontrolle (EDCD) des Ministeriums herrscht Ratlosigkeit angesichts drohender Epidemien. „Auch wir können nicht viel tun, um diese zu verhindern“, sagte Dr. Baburam Marasini, ärztlicher Leiter des EDCD und erklärte, das EDCD träte erst nach Ausbruch der Krankheiten auf den Plan.

Erhöhung der Abgeordneten-Diäten

Das Parlamentssekretariat hat vor kurzem Schritte zur Erhöhung der Abgeordnetendiäten eingeleitet. Eine entsprechende Empfehlung ist dem Sekretariat von einem fünfköpfigen Ausschuss unter Leitung von Bhanu Bhakta Dhakal vorgelegt worden. Dieser hat vorgeschlagen, die Diäten von bisher 56.228 Rupien auf 88.925 Rupien (etwa 720 Euro) zu erhöhen. Sollte dieser Vorschlag umgesetzt werden, entstehen dem Staatshaushalt Mehrkosten von jährlich umgerechnet knapp 2 Millionen Euro. Außerdem sollen die Abgeordneten weitere Zuwendungen in Höhe von 33.700 Rupien erhalten, darunter 23.000 Rupien als Mietzuschuss und 5000 Rupien für Kommunikationsmittel. Der Ausschuss hat außerdem die Zahlung eines Transportzuschusses in Höhe von 1.000 Rupien (bisher 150) sowie 1500 Rupien (bisher 200 Rupien) Sitzungsgeld vorgeschlagen.

Furcht vor Erdbeben

Der von Meteorologen erwartete „normale Monsun“ ist ein Segen für die Landwirtschaft. Doch für Tausende von Erdbebenüberlebenden, die in temporären Unterkünften in Gebieten mit hohem Risiko von Erdbeben ausharren, ist die Aussicht auf einen „normalen Monsun“ eher bedrohlich. In diesen Distrikten sei laut Experten die Gefahr besonders groß, da hier durch das Erdbeben Risse entstanden sind, in die Wasser eindringen und so die Erdbeben auslösen kann. Eine geologische Untersuchung durch das Nationale Seismologische Zentrum (NSC) hatte gleich nach dem Erdbeben 193 Dörfer in 33 Distrikten identifiziert, in denen mit einem erhöhten Erdbebenrisiko gerechnet werden muss; NSC hatte der Regierung eine Umsiedlung der betroffenen Bevölkerung empfohlen. Doch diese Empfehlung wurde bis heute nicht umgesetzt.

Todesfälle während der *Madesh*-Proteste sollen untersucht werden

Die asiatische Menschenrechtskommission (AHRC) und die Allianz zur Verteidigung der Menschenrechte im Terai (THRDA) haben gemeinsam einen Bericht mit dem Titel *Nepal – Protest und Repression* veröffentlicht. Darin wird die Regierung aufgefordert, umgehend eine hochrangige Untersuchungskommission einzuberufen. Diese soll die Vorfälle aufklären, die während der gegen die Verfassung gerichteten Proteste in der Zeit zwischen August 2015 und Februar 2016 zum Tod von 55 Menschen geführt hatten. Opfer waren Demonstranten sowie Sicherheitspersonal, aber auch 21 unbeteiligte Personen. Die nationale Menschenrechtskommission von Nepal (NHRC) wirft den Sicherheitsbehörden vor, bei der Unterdrückung der Proteste exzessive Gewalt eingesetzt zu haben und fordert ebenfalls eine Untersuchung der Vorfälle.

Strengere Maßnahmen gegen Verkehrsrowdies

Täglich werden im Kathmandutal über 500 Verkehrsünder für regelwidriges Verhalten im Straßenverkehr bestraft. Vor kurzem hat die Verkehrspolizei eine Kampagne eingeleitet, um die Einhaltung der Fahrspurdziplin sicherzustellen. In diesem Zusammenhang wurden in kurzer Zeit über 4000 Verkehrsünder mit Geldstrafen belegt, die allerdings mit 200 Rupien sehr niedrig ausfallen und kaum eine abschreckende Wirkung entfalten. Zusätzlich werden die betreffenden Personen zu einer einstündigen Belehrung über Einhaltung der Verkehrsregeln verpflichtet. Die zuständigen Behörden fordern eine Erhöhung der Bußgelder.